
CAMA-Kommentar

2/2008

Spritzen, Salben und Tinkturen

- wirtschaftspolitische Unterstützung der deutschen Automobilindustrie angesichts der Finanzhilfen für die amerikanischen Konkurrenten?

Die **US-Regierung hat** für die amerikanischen Automobilhersteller **Finanzhilfen** von insgesamt 25 Mrd. (!) US-Dollar bewilligt, der Kongress hat ebenfalls Ende September zugestimmt. Damit soll die Entwicklung von Fahrzeugen gefördert werden, die erheblich weniger Kraftstoff verbrauchen. Explizit fordert die US-Regierung von den Automobilkonzernen, den Benzinverbrauch ihrer Fahrzeuge bis 2020 um 40 Prozent zu senken. Des Weiteren wird mit den Krediten die Umrüstung von Fertigungsanlagen, die mindestens 20 Jahre alt sind, gefördert.

Diese Finanzhilfen bedeuten **massive Wettbewerbsverzerrungen** auf den Weltmärkten - die EU-Kommission erwägt bereits eine Klage bei der WTO. Gleichzeitig steigt in Deutschland angesichts von 750.000 direkt und 4,55 Mio. indirekt in der Automobilindustrie beschäftigten Wählern der Druck auf die Regierung, die Branche wirtschaftspolitisch zu unterstützen.

Die große Koalition in Berlin erwägt deshalb die Gewährung von Steuervorteilen beim Neukauf von abgasarmen Fahrzeugen, so die Äußerung von Bundeskanzlerin Merkel auf dem Landesparteitag der CDU am 18. Oktober in Baden-Württemberg. Niedersachsens Ministerpräsident Wulff fordert konkreter eine sofortige dreijährige Steuerbefreiung beim Kauf von abgasarmen Fahrzeugen.

Interessensvertreter der Automobilindustrie in Deutschland halten Steuervorteile jedoch für das falsche Mittel, weil sie nicht speziell deutschen Herstellern helfen, sondern sogar die Nachfrage nach verbrauchsärmeren ausländischen Konkurrenzprodukten fördern.

Wie sollte eine wirtschaftspolitische Unterstützung der deutschen Automobilindustrie angesichts der Finanzhilfe für amerikanische Konkurrenten aussehen?

Grundsätzlich gilt, dass eine Regierung, die in Krisenzeiten angesichts von massiven Wettbewerbsverzerrungen zu Reaktionen genötigt wird, sich bei ihrer wirtschaftspolitischen Unterstützung an drei Prinzipien orientieren sollte:

1. **die Wirtschaftspolitik sollte Anreize schaffen**, anstelle direkt einzugreifen, um Konsumenten und Herstellern die Entwicklung bzw. den Kauf abgasarmer Fahrzeuge zu erleichtern und nicht wie in Frankreich nur die französischen Hersteller durch direkte Subventionierung der Entwicklung solcher Fahrzeuge zu finanzieren.
2. **die Wirtschaftspolitik sollte Vertrauen in die Gesamtwirtschaft schaffen**, anstelle nur einzelne Branchen zu fördern, um der Verunsicherung der Nachfrager entgegenzuwirken.
3. **die Wirtschaftspolitik sollte in Absprache mit den Partnerländern erfolgen**, anstelle Alleingänge zu versuchen, um einen Subventionswettbewerb zu vermeiden.

Während die amerikanische Wirtschaftspolitik direkt in den Markt eingreift, nur einzelne Branchen fördert und einen Alleingang unternimmt, entspräche die Gewährleistung von Steuervorteilen der deutschen Regierung für deutsche Automobilkäufer den Prinzipien einer soliden Wirtschaftspolitik, wenn gleichzeitig Vertrauen in die Wirtschaftspolitik geschaffen und eine europäische Lösung erreicht wird.

Die Gefahr, dass von diesen Anreizen (Steuervorteilen) kurzfristig vor allem die ausländischen Konkurrenten profitieren, ist nicht ganz von der Hand zu weisen. Ihr müssen die deutschen Automobilhersteller aber dadurch begeben, dass sie die Krise und die Anreize zu ihrer Überwindung als Chance begreifen, schnell abgasärmere Fahrzeuge anzubieten. Die deutsche Automobilindustrie hat gerade in Krisenzeiten immer eine enorme Anpassungsfähigkeit gezeigt. Eine Wirtschaftskrise können nur Unternehmen überwinden – nicht der Staat.

Haben Sie Anmerkungen zu diesem Kommentar?

info@cama-automotive.de – wir antworten umgehend!